

Home > Berlin > Wirtschaftsweisen warnen Regierung: „Staat sollte sich weniger einmischen!“

Wirtschaftsweisen warnen Regierung: „Der Staat sollte sich weniger einmischen!“

Null Wachstum für Deutschland? Wirtschaftsweisen fordern strikte Regeln für Staatsausgaben: Weniger Geld für Konsum, mehr Investitionen.



Rüdiger Stumpf

21.05.2025 | 14:44 Uhr



Die Wirtschaftsweisen Martin Werding (v.l.n.r.), Achim Truger, Monika Schnitzer (Vorsitzende), Ulrike Malmendier und Veronika Grimm bei der Vorstellung des Frühjahrsgutachtens in Berlin.

Christoph Gollnow/dpa

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet für dieses Jahr mit null Prozent Wachstum für die deutsche Wirtschaft. Für das Jahr 2026 gehen die Wirtschaftsweisen von einem geringen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von einem Prozent aus. Das geht aus dem Frühjahrsgutachten hervor, das die fünf Ökonomen am Dienstag in Berlin vorgestellt haben. Damit bestätigen sie die Prognosen der Bundesregierung.

Der Sachverständigenrat pocht daher auf neue Regeln für die Bundesregierung, die Ausgaben aus den neuen Finanzierungspaketen des Staates in Investitionen zu stecken. Mit Blick auf das mit Zweidrittelmehrheit vom Bundestag beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur und die Aussetzung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben betonten die fünf Ökonomen, dass diese Schulden „nicht in Konsumausgaben wie Mütterrente oder Agrardiesel“ fließen dürften, sondern die Politik müsse sie „für investive Ausgaben“ nutzen.

Bürgergeld, Rente, Heizungen: Wirtschaftsministerin Reiche macht große Versprechungen

Wirtschaft 16.05.2025



Drei Millionen Arbeitslose drohen: Experten warnen Merz vor „Abstiegskampf“

Wirtschaft 13.05.2025



Bürokratieabbau: „Jedes Gesetz muss einzeln angeschaut werden“

Bei den Verteidigungsausgaben bedeutet das Aufrüstung und den Kauf neuer Waffen und bei der Infrastruktur das Geld für die Sanierung oder den Bau neuer Brücken, Straßen und Tunnel zu nutzen. Denn nur dann könnten die neuen geplanten Staatsschulden das Wachstum der Wirtschaft anschieben. Ausgabenwirksam würden die schuldenfinanzierten Staatsausgaben aus Sicht der Ökonomen erst vom kommenden Jahr an. Der Staat sollte sich stärker auf strukturelle Reformen konzentrieren, anstatt in die Wirtschaft einzugreifen, hieß es.

Beim Bürokratieabbau bescheinigte Ökonom Martin Werding der abgewählten Ampelkoalition, „keine nachhaltigen Erfolge“ erzielt zu haben. Zwar habe sie punktuell Erfolge beim Abbau von Bürokratie erzielt – sie sei aber durch neue Gesetze und Anforderungen erneut angestiegen, sagte Werding.

Um gute Gesetze mit wenig bürokratischem Aufwand zu erlassen, schlägt Werding eine Stärkung des Normenkontrollrats vor. Dieser solle viel öfter die Bürokratisierungskosten eines neuen Gesetzes schätzen – besonders dann, wenn in einer zweiten Lesung des Bundestages gravierende Änderungen vorgenommen werden. Für existierende Gesetz gebe es keine pauschale Lösung für weniger Bürokratie. Dafür müsse jedes einzeln angeschaut werden.

Es gebe zwar bestimmte Teams, die sich Gesetze anschauen und auch einen Digitalisierungsscheck machen. Doch häufig blieben deren Vorschläge in den Verwaltungen hängen, weil es dort an Schnittstellen und an der digitalen Weiterverarbeitung mangle, kritisierte Werding.

Aufrüstung in Deutschland: Wird dafür bald privates Vermögen der Bürger benutzt?

Von Flynn Jacobs

Europa 19.03.2025



Anreize für Frauen schaffen, damit sie Vollzeit arbeiten

Um den Mangel von Fachkräften am Arbeitsmarkt zu beseitigen, schlugen die Wirtschaftsweisen vor, mehr Frauen in Vollzeitjobs zu bringen. Dafür müsse vor allem die Kinderbetreuung verbessert werden und auch das Ehegattensplitting abgeschafft oder grundgesetzkonform verändert werden, sagte die Vorsitzende des Rates, Monika Schnitzer.

Als weiteren wichtigen Punkt hob Veronika Grimm die Möglichkeiten zur Einsparung von Arbeitskräften in Bereichen hervor, wo der Bedarf sehr hoch sei. Konkret nannte sie die Pflege und den öffentlichen Dienst. Deutschland müsse „von der Struktur her dahin kommen, dass wir weniger Arbeitskräfte brauchen“, etwa mittels Digitalisierung und Bürokratieabbau.

„Von den weltweiten Handelskonflikten, insbesondere den amerikanischen Einfuhrzöllen, ist die deutsche Volkswirtschaft mit ihrem hohen Exportanteil besonders betroffen“, sagte die Wirtschaftsweise Veronika Grimm. Die US-Zölle sorgten für große Unsicherheit in der Wirtschaft. Deshalb beruhten die Prognosen auf der Annahme, dass die im Moment bestehenden amerikanischen „Basiszölle“ von zehn Prozent auf die Einfuhr aus Europa sowie die Sonderzölle von 25 Prozent auf Autos oder Stahl bestehen bleiben.

Die Inflation sei auf gutem Kurs, so Grimm. Für dieses Jahr prognostizieren die Weisen eine Inflationsrate von 2,1 und für das Jahr 2026 von zwei Prozent.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.